

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Jürgen Türk,
Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/6066 –**

**Offensive für Zukunftsinvestitionen in neuen Bundesländern starten –
Abwanderung stoppen – 10-Punkte-Programm für den Aufbau Ost**

A. Problem

Ostdeutschland kann auch elf Jahre nach der deutschen Einheit noch nicht auf eine staatliche Förderung verzichten. Allerdings muss nach Ansicht der antragstellenden Fraktion die bisherige Gesamtförderung auf verbleibende Schwachstellen konzentriert werden. Zu diesem Zweck hat sie ein 10-Punkte-Programm für den Aufbau Ost entwickelt, das unterschiedliche Maßnahmen für Zukunftsinvestitionen in den neuen Bundesländern beinhaltet.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU (eine Stimmenthaltung) und des Vertreters der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6066 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Werner Kuhn
Vorsitzender

Sabine Kaspereit
Berichterstatterin

Günter Nooke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit und Günter Nooke

I. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2001 zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/6066 stellt die Fraktion der F.D.P. ihre Forderung nach einer effektiven Wirtschaftspolitik auf, die die besondere Situation der neuen Bundesländer berücksichtigt.

Im Einzelnen enthält der Antrag Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der wissenschaftlichen Infrastruktur, zur Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt, zur Förderung des Mittelstandes und von Existenzgründungen. Außerdem sollen der Wohnungsbau, die Eigentumsentwicklung sowie die Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen gefördert werden. Zudem wird eine bessere personelle Ausstattung der Gerichte angemahnt und die Bundesregierung aufgefordert, im Vorfeld der EU-Osterweiterung ein nationales Grenzlandkonzept vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in

seiner Sitzung am 27. Juni beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Ausschussempfehlung

Der federführende **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag auf Drucksache 14/6066 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 erstmals behandelt. In seiner Sitzung am 13. März 2002 hat er den Antrag abschließend beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen den überwiegenden Teil der Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU (eine Stimmenthaltung) und des Vertreters der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** führte zur Begründung des Antrags aus, dass sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland nicht einander angleichen, sondern vielmehr weiter auseinandergingen. Insbesondere sei ein weiterer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland erforderlich, da dies die Grundlage für die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze darstelle. Die Vereinbarung der Bundesländer zum Solidaripakt II sei dagegen nicht ausreichend.

Die **Koalitionsfraktionen** kritisierten, die in dem Antrag enthaltenen Forderungen seien zu unverbindlich formuliert und ließen auch keinen konkreten Adressaten erkennen. Außerdem bestehe bereits gegenwärtig ein Finanztransfer nach Ostdeutschland von etwa 50 Mrd. DM pro Jahr und ab dem Jahr 2005 setze der Solidarpakt II mit einem Fördervolumen von insgesamt 306 Mrd. DM ein.

Berlin, den 13. März 2002

Sabine Kaspereit
Berichterstatlerin

Günter Nooke
Berichterstatter